

Jens Greve

Von prozeduraler Kritik zu prozeduraler Praxis: Öffentliche Soziologie als Transformation kritischer Theorie

Zusammenfassung: Öffentliche Soziologie – so die hier vertretene These – lässt sich als praktische Wendung der Transformation kritischer Theorie verstehen. Wie diese an die Stelle substantieller Kritik eine prozedurale Kritik setzt, so verlagert Burawoy die Begründung von wertenden Stellungnahmen in den öffentlichen Diskurs. Während er sich damit im Hinblick auf die Werturteilsfreiheitsdebatte einerseits auf Webers Seite stellt, weil der Wissenschaft mit ihren ›internen‹ Ressourcen keine hinreichende Begründung wertender Stellungnahmen zukommen kann, widerspricht er Weber gleichwohl an dem Punkt, dass die Bestimmung und Verfolgung politischer Zwecke Teil der Wissenschaft sein soll. Diese Positionierung wird – so wird gezeigt – durch zwei zentrale Defizite des Projekts einer öffentlichen Soziologie möglich: Zum einen dadurch, dass Burawoy über die Grenzen der kritischen Vernunft keine Rechenschaft ablegt. Würde er dies tun, so würde sichtbar, dass der Soziologie über ihr instrumentelles Wissen hinaus keine besondere Qualifikation in ethisch-politischer Hinsicht zukommt. Zweitens wird das Problem des Wertpluralismus durch eine problematische funktionalistische Annahme verdeckt, nämlich dass die öffentliche Soziologie nicht nur spezifische Interessen vertritt, sondern das Interesse des Allgemeinen.

Schlagwörter: Burawoy, öffentliche Soziologie, kritische Theorie, kritische Vernunft, Werturteilsfreiheit

From procedural criticism to procedural practice: Public sociology as a transformation of critical theory

Abstract: Public sociology – according to the reading proposed in this article – can be understood as a practical turn of the transformation of critical theory. Following the replacement of substantial by procedural criticism in critical theory, Burawoy considers political criticism as a result of sociology's participation in public discourse. On the one hand, this proposal follows the idea of value freedom because it supposes that science only by its ›internal‹ resources is not apt to answer political questions. On the other hand, in contradistinction to the idea of value freedom he considers the task of answering these questions as part of science (as it goes public). These two claims – as is shown in this article – can be reconciled only by two shortcomings. First, Burawoy does not reflect on the limits of critical reasoning. If he did this, it would become plausible that with regard to ethical-political questions sociology has no special competence beside instrumental knowledge. Second, in Burawoy the problem of political value pluralism is sidestepped by a problematic functionalist assumption, namely that public sociology represents not only specific but common interests.

Key words: Burawoy, public sociology, critical theory, critical reason, freedom from value judgements

»In short does dialogue imply a particular normative stance or range of normative stances? Good question!« (Burawoy 2005c: 423)

Burawoys Formulierung des Programms einer Public Sociology hat eine beeindruckende Resonanz erfahren.¹ Einer dieser Gründe liegt – so die hier zu entwickelnde wissenssoziologische Hypothese – in der in diesem Konzept vollzogenen Wende der kritischen Theorie zu einer, welche ihre Begründungslasten durch eine Verlagerung in die Praxis wertender Stellungnahmen auflöst. Öffentliche Soziologie ist sowohl Kritik an, als auch Fortsetzung von kritischer Theorie. Kritisch gegenüber dieser verhält sie sich, weil sie den Anspruch einer innerwissenschaftlichen Bestimmung substantieller Kritik fallen lässt, eine Fortsetzung erfährt kritische Theorie durch die Legitimation eines kritischen Engagements als Teil der Wissenschaft. Burawoys Vorschlag ist demnach im Rahmen einer – zunächst von Habermas vollzogenen – prozeduralen Wende der kritischen Theorie zu verorten und als ihre konsequente Fortsetzung zu verstehen. Diese prozedurale Wende beinhaltet einen Wechsel des Ortes, an dem die Maßstäbe einer Kritik der Gesellschaft bestimmt werden. Während der Marxismus dies über die Selbstwidersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Produktion zu leisten versuchte und die frühere kritische Theorie (Adorno/Horkheimer) sich in eine aporetische Situation dadurch begab, dass unklar wurde, wie ein Standard der Kritik jenseits eines allgemeinen Verblendungszusammenhangs zu rechtfertigen war (vgl. dazu auch Habermas 1986: 130ff.; Habermas 1995: 65f.), rekurriert Habermas auf eine kommunikative Vernunft, die freilich keine substantiellen Maßstäbe liefert, sondern Verfahren bestimmt, nach denen legitime Kritik formuliert werden kann. Diese Prozeduralisierung der Kritik ist auf zwei Probleme zurückzuführen, vor die kritische Theorie gestellt ist. Erstens, dass es ohne einen Bezugspunkt an schon gegebenen Interessen keinen Maßstab gibt, auf den eine wissenschaftliche Kritik sich beziehen kann, und zweitens daraus, dass der Anspruch der kritischen Theorie darin besteht, allgemeine Interessen zu vertreten. Parteilichkeit kritischer Theorie meint immer Parteilichkeit für das Allgemeine (die Menschheit etc.). Daraus ergibt sich ein vermutlich unlösbares Problem kritischer Theorie, das sich als Verallgemeinerungsproblem bezeichnen lässt: Wie kann gezeigt werden, dass partielle Interessen in Wirklichkeit allgemeine Interessen sind? Die prozedurale Fassung kritischer Theorie löst diese Schwierigkeit dadurch, dass sie den Verallgemeinerungstest in die Deliberation der Bürger verlegt. Genau dieser Deutung folgt auch Burawoy – nun aber praktisch gewendet: Öffentliche Soziologie besteht in der aktiven Verfolgung von letztlich durch die Theorie nicht bestimmbar Zielen. Denkt man dies zu Ende, so hebt dies kritische Theorie auf den ersten Blick auf: Verzichtet wird auf den zentralen Anspruch der kritischen Theorie, das Interesse des Allgemeinen zu vertreten. Burawoy umgeht dieses Problem durch die Verwendung eines Krisenszenarios, in dem es der Soziologie um die Verteidigung ihres Gegenstandes geht: Das Engagement in der Zivilgesellschaft rettet das von Markt und Staat bedrohte Soziale. Auch hier ist unschwer eine Habermasianische, aber wiederum ins Praktische gewendete Gedankenfigur zu erkennen: Die Verteidigung

1 Vgl. das Symposium in *Social Problems* (Burawoy et al. 2004), das Schwerpunktheft 2005 des *American Sociologist* (Beiträge auch in Nichols 2007), das Schwerpunktheft des *British Journal of Sociology* (2005), Aufsatzsammlungen (Blau und Smith 2006; Clawson et al. 2007; Nyden et al. 2011) und bereits ein Handbuch (Jeffries 2009). Weitere Hinweise finden sich auch auf der Homepage von Burawoy (<http://burawoy.berkeley.edu/> (Zugriff: 09.05.2012)).

einer von den systemischen Imperativen bedrohten Lebenswelt steht auf dem Spiel (vgl. auch Boyns/Fletcher 2005). Die Verfolgung partikularer Zwecke dient am Ende dem Allgemeinen, weil sie dessen Bestand sichert. Der Preis für diese Versöhnung des Besonderen mit dem Allgemeinen besteht aber letztlich – wie bereits bei Habermas – in der Inanspruchnahme eines problematischen funktionalistischen Grundgedankens, weil nicht zu sehen ist, wie gezeigt werden kann, dass ein bestimmtes soziales Phänomen unverzichtbar für Gesellschaft überhaupt ist (vgl. Greve/Kroneberg 2011; klassisch Merton 1995).

Daher bietet es sich an, in theoretischer Hinsicht einen anderen Weg zu beschreiten und von einer notwendigen Selbstbeschränkung der Vernunft in praktischer Hinsicht auszugehen. Diese drängt dann aber zu einer Unterscheidung wissenschaftlicher und politischer Stellungnahmen, weil letztere auch dann als legitim gelten können, wenn sie nicht als notwendig allgemeine Interessen gelten können.

In einem ersten Schritt skizziere ich Burawoys Konzept öffentlicher Soziologie (I.), zeige im zweiten Schritt, wie sich Burawoys Konzept im Hinblick auf die WerturteilsfreiheitsThese verorten lässt (II.), und in einem dritten Schritt, dass auch die prozedurale Fassung kritischer Theorie das Problem eines allgemeinen Maßstabs der Kritik nicht lösen kann (III.). Abschließend frage ich nach den Implikationen für Burawoys Konzept (IV.).

I. Burawoys Konzept öffentlicher Soziologie

Burawoy schlägt ein Vierfelderschema zur Beschreibung der Differenzierung der Soziologie vor. Dieses organisiert er nach zwei Dimensionen: der Unterscheidung des Instrumentellen und des Reflexiven einerseits und der Unterscheidung von externen und internen Bezügen andererseits. Extern und intern bezieht sich dabei auf die Frage, ob Soziologen nur andere Soziologen adressieren oder sich auch an ein außerwissenschaftliches Publikum richten (Burawoy bezeichnet diese Achse auch als die der Frage: »Soziologie für wen?«). Die zweite Achse (auch als Beantwortung der Frage »Soziologie wofür?« zu verstehen) bezieht sich auf die Differenz zwischen einer Beschäftigung mit Zweck-Mittel-Relationen auf der einen und den Zwecken auf der anderen Seite.

»I call the other reflexive knowledge because it is concerned with a dialogue about ends, whether the dialogue takes place within the academic community about the foundations of its research programs or between academics and various publics about the direction of society. Reflexive knowledge interrogates the value premises of society as well as our profession« (Burawoy 2005a:11).

Daraus ergeben sich vier Typen von Soziologie: eine *professionelle Soziologie*, welche »true and tested methods, accumulated bodies of knowledge, orienting questions, and conceptual frameworks« (Burawoy 2005a: 10) bereitstelle; eine *kritische Soziologie*, welche die Grundannahmen »both the explicit and the implicit, both normative and descriptive« der Forschungsprogramme der professionellen Soziologie untersuche (Burawoy 2005a: 10); eine *policy-orientierte Soziologie*, welche außersozziologischen Klienten bei gegebenen Zwecken soziologische Expertise biete (Burawoy 2005a: 9); und schließlich eine *öffentliche Soziologie*.

Öffentliche Soziologie zerfällt nach Burawoy in zwei Subtypen: eine traditionelle, welche sich mittels Massenmedien an ein breiteres Publikum richte, und eine organische öffentliche Soziologie, welche aktiv mit dem Publikum interagiere. Die aktive Beteiligung reicht hier vom community based research bis hin zum service learning (Burawoy 2004b: 126). Entscheidend ist hierbei ein aktives Moment: »As sociologists we not only invent new categories but also give them normative and political valence.« (Burawoy 2005b: 323; vgl. auch Burawoy 2005a: 8). Im Gegensatz zur professionellen Soziologie sind hier die Ziele der Handelnden nicht nur Gegenstand der Forschung, sondern sie werden durch die Beteiligung der Soziologen selbst geformt und dies auf dem Wege einer Beteiligung an massenmedialen Diskursen oder durch aktive Beteiligung an den Prozessen sozialer Bewegungen. Entscheidend ist die Mitgestaltung der Zwecke – im Gegensatz zur policy-orientierten Soziologie, welche diese Ziele als gegebene hinnimmt: »Public sociology proper is not the popularization of professional sociology but the product of a distinctive dialogical practice of sociology« (Burawoy 2005d: 164; vgl. auch Burawoy 2005c: 421). Eine gewisse Unklarheit ergibt sich freilich aus der Spannung zwischen den beiden Abgrenzungskriterien gegenüber der policy-orientierten Soziologie, der aktiven und dialogischen Interaktion einerseits und der Bezugnahme auf multiple Publika andererseits. Die aktive Parteinahme für eine soziale Bewegung kann an sich ja noch nicht Vielfalt der Publika meinen – vermutlich ergibt sich hier sogar eher eine Spannung zwischen Engagement und vielfacher Interaktion (McLaughlin et al. 2005). Dies ist natürlich eine empirische Frage. Gleichwohl lässt sich aufgrund von raum-zeitlichen Begrenzungen menschlichen Handelns vermuten: Je mehr sich öffentliche Soziologie vom Pol der traditionellen zum Pol der organischen öffentlichen Soziologie bewegt, umso schwieriger wird es, multiple Publika zu adressieren, weil organische Aktivität nicht einfach über die Einbahnstraße massenmedialer Präsenz verläuft, sondern die Interaktion mit dem Publikum einschließen soll. Während in manchen Fällen öffentliche Soziologie dann eher zu einer Service-Leistung für eine soziale Bewegung wird, können Übergangsformen in demjenigen bestehen, was Leonard (2009) berichtet: Sie präsentiert Resultate ihrer Forschung im Rahmen öffentlicher Lesungen. Das ist interaktionsnäher, aber eher auf dem Weg zu einer traditionellen öffentlichen Soziologie. Je eingeschränkter die Zielgruppe des Engagements, umso mehr öffnen sich also gleichzeitig Räume eines vertieften Dialogs. Die Beschränkung auf einen Adressaten ist dabei zwar tendenziell eher vereinnahmend, sie kann aber auch öffnend wirken. Dies kann selbst im Rahmen von klientenbezogenen policy-orientierten Formen beobachtet werden. Solche können, wie Horowitz (2009) zeigt, einen äußerst dialogischen Charakter gewinnen (vgl. auch Vaughan 2004; Patterson 2007: 177f.). Es lassen sich demnach zwei Hypothesen formulieren. Erstens: Realer Dialog und die Adressierung multipler Publika stehen in einem Spannungsverhältnis. Zweitens: Die Bindung an Klienten oder einen einzigen Klienten erhöht das Risiko der Vereinnahmung², erzwingt diese aber nicht.

2 Das gilt natürlich auch für die Vereinnahmung der Zielgruppe durch die Soziologen, insbesondere dort, wo soziale Dienste mit consciousness raising verbunden werden (vgl. Hu 2009).

Kehren wir zu Burawoys Formulierungen zurück. Burawoy verbindet seine Differenzierung der öffentlichen Soziologie mit einer Reihe von weiteren Annahmen. So geht er ganz im Sinne einer an Parsons anschließenden Theoriefigur (vgl. seinen entsprechenden Hinweis Burawoy 2005a: 11) davon aus, dass alle vier Dimensionen Teil der Soziologie sind – Soziologie erweist sich als ein Ganzes, welches durch die Interdependenzen seiner Teile charakterisiert ist: »The development of each type of sociology is the condition for the development of all« (Burawoy 2004a: 106).³ Daneben sieht er aber Ungleichgewichte: Dominiert werde die Soziologie durch die professionelle Soziologie – und genau hier setzt Burawoys Kritik der Disziplin ein. Eine Erklärung für den attestierten Mangel bietet Burawoy ebenfalls: Sie liegt in der Soziologie (die sich einer Innenorientierung an fachspezifischen Standards verschrieben habe und die sich zugleich politisch nach links bewegt habe) und der sie umgebenden Gesellschaft (die sich nach rechts bewegt habe).⁴

Burawoy zieht daraus nicht die Folgerung, dass die Soziologie sich diesen Werten anpassen habe, vielmehr fordert er die Anerkennung und Förderung pluraler Beteiligungen an öffentlichen Debatten und sozialen Bewegungen.

»Public sociology has no intrinsic normative valence, other than the commitment to dialogue around issues raised in and by sociology. It can as well support Christian Fundamentalism as it can Liberation Sociology or Communitarianism. If sociology actually supports more liberal or critical public sociologies that is a consequence of the evolving ethos of the sociological community« (Burawoy 2005a: 9).

Im Dialog freilich liegt ein emanzipatorisches, stärker aber noch ein defensives Projekt der Verteidigung gegen Strömungen, welche die Zivilgesellschaft, den Ort einer laufenden Debatte um Werte, gefährden:

»If the standpoint of economics is the market and its expansion, and the standpoint of political science is the state and the guarantee of political stability, then the standpoint of sociology is civil society and the defense of the social. In times of market tyranny and state despotism, sociology [...] defends the interests of humanity« (Burawoy 2005a: 24; vgl. auch Burawoy 2004b: 124).

Obwohl Burawoy sich selbst in einer marxistischen Tradition verortet, legt die Soziologie bestimmte Werte nicht fest, allein den Rahmen einer öffentlichen Sphäre soll sie vertei-

- 3 Burawoy freilich will dies mit einer konflikttheoretischen Deutung verbinden: Die Felder sind zugleich Machtfelder, Domänen interner Kämpfe um Positionen und um hegemoniale Deutungen des Ganzen (Burawoy 2009). Allerdings schwankt Burawoy hier: Den Kern der Soziologie macht die professionelle Soziologie aus (Burawoy 2004a: 105). Einige Kritiker haben dies moniert: woher diese Privilegierung (Hays 2007: 83)? Systematisch ist unklar: Bestehen sachliche Gründe, die Soziologie in ihrem Kern als professionelle zu betrachten, die über Machtpositionen innerhalb der Disziplin oder strategische Überlegungen zur Außenwirkung der Soziologie (Legitimität) hinausgehen, oder nicht?
- 4 Burawoy führt hier häufig als Beleg eine von der ASA verabschiedete Resolution gegen den Irak-Krieg an und vergleicht sie mit einem gescheiterten Anlauf für eine Resolution gegen den Vietnam-Krieg von 1968 (vgl. Burawoy 2005a: 6).

digen. Es ist also auf den ersten Blick keine Neuauflage des Werturteilsstreits (dazu sehr informativ Albert 2010) zu erwarten, denn Burawoys Folgerung trifft sich mit dem Postulat der Werturteilsfreiheit an dem Punkt, dass es mit den Mitteln der ›internen‹ Ressourcen der Soziologie keine Festlegung auf substantielle Werte geben kann. Gleichzeitig steht seine Position quer zu Webers Folgerung, da Burawoy die Aufgabe der Festlegung der Werte durchaus als Teil der Soziologie sieht, nun aber einer, die dies im Zusammenspiel mit ihrem Publikum leisten soll. Genau hierin besteht die Herausforderung eines professionspolitischen Selbstverständnisses, das Wertorientierungen zwar im Gegenstandsbereich kennt, sich aber nicht selbst als wertbegründend versteht. Burawoys Vorschlag richtet sich entsprechend einerseits – hier ganz der kritischen Theorie folgend – gegen eine Wertenthaltung der Wissenschaft. Andererseits sieht er die Begrenzung kritischer Theorie und damit der innersoziologischen Ressourcen – das Wertproblem soll im Rahmen einer öffentlichen Debatte und mittels öffentlicher Stellungnahmen der Soziologen gelöst werden können. Eine trennscharfe Unterscheidung zwischen den Rollen des Staatsbürgers und des Wissenschaftlers entfällt. »Neither traditional nor organic public sociology is charity work we do in our private life, something apart from sociology ›proper« (Burawoy 2004a: 104). Einhergehend hiermit soll sich die Profession stärker um eine institutionelle Anerkennung der Tätigkeit öffentlicher Soziologie kümmern:

»This would mean institutionalizing public sociology within the academy, defining criteria for what is good and bad public sociology, making it an essential part of the system of rewards« (Burawoy 2004b: 126).

Damit ist eine Frontlinie benannt: Die Vertreter der »professionellen Soziologie« werden sich darauf berufen, dass Soziologie nicht für jenes Eintreten für Werte stehen soll, das mit den Mitteln der professionellen Wissenschaft nicht zu bewerkstelligen ist (Tittle 2004; Brint 2005; Turner 2005; Massey 2007). Dies bleibe an die Rolle des Staatsbürgers gebunden (Tittle 2004: 1643; Turner 2005: 34). Die Gefahr besteht hier nun, dass Burawoy und seine Kritiker aneinander vorbeireden: Burawoy kann nämlich durchaus zustimmen, dass das professionelle soziologische Wissen nicht hinreichend ist, um politische Praxis zu begründen. Wenn Burawoy sich mit seinen Kritikern darüber einig ist, dann lässt sich die Frage, ob die Soziologie gleichwohl Teil eines Prozesses der Festlegung von Werten sein soll, in eine professionspolitische Frage ummünzen. Man wird dann – so die entsprechende Debatte – darüber streiten, ob es der Soziologie langfristig eher nützt oder schadet (Turner 2005: 30; Massey 2007: 146ff.), eine solche praktische Perspektive auch institutionell zu stützen. Prognostizierbar ist dies eine Frage, die sich mit den gegebenen Mitteln nicht hinreichend beantworten lässt – also wiederum: Einladung zur Politik.

II. Werte und Wissenschaft

Auch wenn eine einfache Wiederaufnahme der Werturteilsfreiheitsdebatte nicht ansteht, verwundert aus alteuropäischer Sicht doch manches, was sich in der Debatte um die public sociology findet. Abbott vertritt etwa die These, Werturteilsfreiheit sei nicht zu haben,

weil der Gegenstand der Soziologie durch Werte geprägt sei (Abbott 2007: 198ff.; ähnlich Wallerstein 2007: 170). Dass die Soziologie sich mit Werten nicht beschäftigen brauche, diese Ansicht kann man beispielsweise Weber schwerlich zuschreiben. Bei Burawoy findet sich diese Verkürzung nicht, aber in zweierlei Hinsicht bleiben seine Überlegungen gleichwohl problematisch, was sich an seiner Fassung der instrumentell/reflexiven Dimension sehen lässt. Erstens hat es auch die professionelle Soziologie mit Werten zu tun (man denke prominent an Werteforschung wie bei Inglehart). Zweitens umfasst kritische Soziologie sowohl normative kritische Theorie als auch eine Kritik an deren Möglichkeiten – Webers Reflexionen über die Grenzen der wissenschaftlichen Begründbarkeit von Werten fallen dann ebenso in diese Kategorie wie die klassische kritische Theorie.⁵ Reflexivität impliziert nicht notwendig Normativität. Webers These besagt bekanntlich, dass die Wissenschaft das Sollen nicht bestimmen kann – immer erfordert der Sprung von dem, was ist, zu dem, was zu tun ist, eine Entscheidung des Einzelnen, die ihm Wissenschaft nicht abnehmen kann (Weber 1988: 151). Man kann die Werturteilsfreiheitsthese nun so lesen, dass Weber die prinzipielle Irrationalität des Menschen retten wollte (wer weiß, dass mangelnder Sport, Rauchen und Trinken die Lebenserwartung verkürzen, diese aber verlängern möchte, kann gleichwohl den Rat ausschlagen). Hinter der These der Werturteilsfreiheit steht aber die wichtigere Einsicht, dass der ganze Apparat rationaler Kritik davon abhängt, dass Ziele gegeben sind, in deren Licht überhaupt etwas als rational oder irrational bewertet werden kann – dies bleibt immer vorauszusetzendes Datum der Kritik. Stünden die letzten Zwecke der Menschen fest und verfügte die Wissenschaft über vollständiges Kausalwissen, so könnte sie zeigen, in welchem Maße alle anderen Zwecke als rationale Mittel zur Erreichung dieser letzten Zwecke dienen können oder nicht. Auch dann würde freilich weiterhin gelten, dass Kritik einen Maßstab eines bestimmten Wollens voraussetzt (Albert 2010: 35). Webers Rationalitätsbegriff ist an dieser Stelle konditional.⁶ Hiervon ausgehend gibt es verschiedene Aspekte einer rationalen Debatte über Werte. So lassen sich Werte hinsichtlich ihrer Generalisierbarkeit und Widerspruchsfreiheit – und zwar in praktischer wie auch logischer Hinsicht – beurteilen. Wertungsdiskussionen erbringen, neben Überlegungen zu möglichen Folgen und deren Konsequenzen für Wertungen (Weber 1988: 510), Einsichten in die Verallgemeinerungsfähigkeit von Werten,⁷ ermöglichen aber auch die Berücksichtigung neuer Wertgesichtspunkte.⁸ An dieser Stelle

5 Eine ähnliche Kritik bringt Morrow (2009: 57) vor: Die Kategorie der kritischen Soziologie müsse breiter gefasst werden, nämlich als Sozialtheorie oder besser noch »systematic reflexive theorizing«, da alle Soziologen dieses, wenn auch in unterschiedlichem Maße, vollzögen. Nur eine spezifische Strömung darin sei die kritische Theorie.

6 Wie dies mit Webers wertrationalem Handlungstypus in Einklang zu bringen ist, ist freilich ungeklärt.

7 »Diese Prozedur ist dem Wesen nach eine von der Einzelwertung und ihrer sinnhaften Analyse ausgehende, immer höher zu prinzipielleren wertenden Stellungnahmen aufsteigende Operation. Sie operiert nicht mit den Mitteln einer empirischen Disziplin und zeitigt keine Tatsachenerkenntnis. Sie »gilt« in gleicher Art wie die Logik« (Weber 1988: 510).

8 »Endlich können [...] neue Wertaxiome und daraus zu folgernde Postulate vertreten werden, welche der Vertreter eines praktischen Postulats nicht beachtet und zu denen er infolgedessen nicht Stellung genommen hatte« (Weber 1988: 511; Hervorhebung im Original).

wird die Einbeziehung möglichst vieler Beteiligten sinnvoll. Schluchter sieht hier eine Parallele zu Habermas' Modell der Diskursethik: Die Erörterung von Wertfragen erfordert auch aus Webers Sicht reale Dialoge. Im Gegensatz zu Habermas' Diskursethik hätten diese Diskurse aber keine geltungsbegründende, sondern allein eine geltungsklärende Funktion (Schluchter 1991: 261). Dies ist eine entscheidende Differenz, weil den Diskursen weder aufgrund eines möglicherweise erzielten Konsenses noch aufgrund der Eigenschaft des Verfahrens eine zwingende Geltungsbegründung innewohnt. Das ergibt sich zum einen daraus, dass bestimmte Wertprämissen immer schon gegeben sein müssen. Wenn jemand die Widerspruchsfreiheit von Werten zur Maxime seines Handelns macht, dann muss derjenige sowohl die bestimmten Werte – zwischen denen im Konfliktfall zu entscheiden ist – als auch Widerspruchsfreiheit zwischen Werten im Vorhinein wollen. Zum anderen grenzen Rationalitätsstandards der Widerspruchsfreiheit und der empirischen Tragfähigkeit immer nur mögliche Entscheidungsspielräume ein. So können konfliktierende Werte (z. B. universelle vs. partikulare Ordnungskonzepte) bereichsspezifisch realisiert oder eine Wertorientierung aufgegeben werden, allgemein oder situativ die Gesinnungs- der Verantwortungsethik vorgezogen werden etc. Zwingende Standards, wie im Konfliktfall zwischen Werten entschieden werden muss, gibt es nicht.⁹ Webers Überlegungen machen also plausibel, warum die Ausdehnung der Wertdiskussion (auch über die Wissenschaft hinaus) plausibel ist. Sie hält diese für Interpretationen ihres Gegenstands und der Relevanz von Forschung offen. Gleichzeitig ergibt sich aber aus der uneinholbaren Offenheit eine Begrenzung dessen, was eben Wissenschaft im Hinblick auf diese Werte leisten kann. Sie wird sich auf konditionale Rationalität – also eine, welche sich auf Zweck-Mittel-Beziehungen und logische Konsistenz zwischen gegebenen Werten bezieht – beschränken müssen.

Genau diese Folgerung wird von Burawoy weder hinreichend entwickelt, noch in ihren Konsequenzen für die Praxis öffentlicher Soziologie ausbuchstabiert. So kann sich Burawoy zu Recht auf Weber berufen, wenn er die konstitutive Funktion von Werten im Gegenstandsbereich betont, aber auch die konstitutive Funktion von Werten für die Auswahl von Forschungsgegenständen. Beides akzeptiert auch Weber – Webers Kritik an der wissenschaftlichen Begründbarkeit von Werten übersieht Burawoy hingegen (vgl. Burawoy 2005d: 154). Die Frage der Wertbegründung wird nicht gestellt, der Konflikt innerhalb der kritischen Soziologie nicht gesehen, was sich eben auch daran zeigt, dass er sich auf (Habermas' Modell öffentlicher Deliberation wie auch auf Webers Wertungsdiskussion bezieht (Burawoy 2007: 247).

Zu einer öffentlichen Soziologie wird aber, wo sie kritische Soziologie ist, die Einsicht in die Selbstbegrenzung der Vernunft gehören. Die Werturteilsfreiheitsthese verbindet die Einsicht in die Unvermeidlichkeit von Werthaltungen mit der These einer notwendigen Begrenzung der Vernunft. Beides zusammen macht es plausibel, wissenschaftlich entscheidbare und politisch zu entscheidende Fragen ihrem Geltungsanspruch nach zu

9 »Noch viel weniger gibt es formale Regeln, welche die Dignität der untereinander in unaustragbarem Konflikt liegenden Werte, deren Realisierung gleichmäßig aufgegeben sein kann, im Verhältnis zueinander bestimmen könnten« (Weber 1964: 400).

trennen – diese Geltungsdifferenz motiviert dann auch eine entsprechende Rollentrennung, welche dieser Begrenzung Rechnung trägt.¹⁰ Zu diesem Resultat gelangt man ebenfalls, wenn man sich des Problems einer Formulierung eines kritischen Maßstabs bei Habermas noch einmal vergewissert.

III. Prozedurale Rationalität als Lösung?

Bekanntlich hat Habermas das Grundproblem der kritischen Theorie – die Aporie einer Vernunftkritik, die ihre eigenen Maßstäbe vernünftig nicht mehr ausweisen kann – in aller Schärfe gesehen und den Versuch unternommen, dieses durch den Rekurs auf sprachliche Verständigung zu lösen. Die Verständigungsorientierung impliziert keine substantiellen Inhalte, sondern allein, dass Sprecher verpflichtet sind, Gründe für die in ihren Äußerungen erhobenen Geltungsansprüche im Falle eines Widerspruchs anzuführen. Habermas' ursprüngliches Projekt bestand darin, die Qualität der Gründe allein von einem Verfahren diskursiver Prüfung dieser Ansprüche abhängig zu machen: der herrschaftsfreien Kommunikation (Habermas 1989). Wäre dies gelungen, so wären an die Stelle substantieller Rationalitätsstandards prozedurale Standards, die strukturellen Bedingungen des Diskurses, getreten. Die Frage nach dem Verhältnis von Geltung und Diskurs hat eine enorme Menge von Debatten hervorgebracht, die hier nicht noch einmal aufgearbeitet werden müssen. Zwei Weichen sind hier von allgemeiner Bedeutung: Erstens die Einsicht, dass die herrschaftsfreie Kommunikation als solche gar nicht zu verwirklichen ist (Habermas 1989: 179). Zweitens hängt diese Nichtrealisierbarkeit nicht nur an technischen Grenzen der Verständigung, sondern auch daran, dass es gegebenenfalls vernünftige Gründe gibt, Verständigungsprozesse auch dann abzubrechen, wenn noch nicht alle von der Berechtigung dieser Begrenzung überzeugt sind. Habermas hat dies an den Rechtsinstitutionen vorgeführt (Habermas 1994). Wenn aber die Ausdehnung herrschaftsfreier Kommunikation selbst begrenzt werden darf oder gar muss, was begründet dann jeweils die Vermutung der Vernünftigkeit dieser Begrenzung (vgl. auch Kettner 1995)? Man wird nicht anders können als zu konzedieren, dass die Gestaltung der Verfahren aus reiner Vernunft nicht hinreichend begründbar ist – nicht umsonst vergewissert sich Habermas der Vermutung auf Vernünftigkeit schließlich auch im Rekurs auf die Praktiken gegebener Institutionen.¹¹ Systematisch lässt sich die Folgerung nicht umgehen, dass Rationalitätsunterstellungen auch von substantiellen Ordnungsvorstellungen zehren, die ihre allgemeine Geltung nicht aus einem transzendentalen Maßstab rechtfertigen können.

10 Das Geltungsproblem motiviert die Unterscheidung, es meint nicht, dass die Professionszugehörigkeit nicht immer auch die sonstigen Wahrnehmungen einer Person formt (Glenn 2009: 149).

11 »[D]enn auf unmißverständliche Weise kann sich die Einheit der praktischen Vernunft nur im Netzwerk jener staatsbürgerlichen Kommunikationsformen und Praktiken zur Geltung bringen, in denen die Bedingungen vernünftiger kollektiver Willensbildung institutionelle Festigkeit gewonnen haben« (Habermas 1991: 118). Zum Ganzen auch Greve (2010).

Fassen wir zusammen: Die Bestimmung eines vernünftigen Maßstabs der Kritik ist unabhängig vom Wollen der Menschen nicht möglich. Solange die kritische Theorie mit einem Konsens über die Grundstrukturen sozialer Ordnung rechnen kann, kann sie demnach mit den Mitteln der konditionalen Vernunft Kritik äußern – dies steht aber in keinem Widerspruch zu einer werturteilsfreien Wissenschaft.¹² Genau dies entfällt, wenn kritische Theorie den gegebenen Konsens kritisieren will oder auf eine plurale Landschaft divergierender Interessen stößt.¹³ Welche Kriterien gelten dann? Sassen (2005: 402) hat hier die entscheidende Frage aufgeworfen: »[P]luralism should be problematized rather than assumed to be good because it (supposedly) allows for all voices to speak«. Burawoy sieht die Implikation: »In short does dialogue imply a particular normative stance or range of normative stances? Good question!« (Burawoy 2005c: 423). Dann würde streng genommen ein kontextunabhängiger Rationalitätsmaßstab erforderlich, der die Berechtigung bestimmter Interessen als gleichwohl allgemeine auszuzeichnen in der Lage sein muss. Die Prozeduralisierung der Kritik löst dieses Problem nicht. Diese kann erstens nicht sichern, dass über Interessendivergenzen langfristig Konsens herzustellen sein wird – auch wenn das natürlich nicht ausgeschlossen werden kann. Zweitens wiederholt sich das Rechtfertigungsproblem für die Institutionen selbst: Was sichert die Vernünftigkeit oder Unvernünftigkeit der Verfahren?¹⁴

IV. Schluss: Theorie und Praxis

Burawoys Aufruf zu einer praktischen Soziologie kann – so die leitende These – als die praktische Wendung einer prozeduralen Auffassung kritischer Theorie verstanden werden: An die Stelle einer Begründung unabhängiger Maßstäbe der Kritik tritt die Praxis einer Äußerung dieser Kritik. So konsequent es auf den ersten Blick scheinen mag, sich der Begründungslast einer kritischen Theorie gar nicht mehr zu stellen, so sehr lohnt es, sich diese Begrenzung kritischer Vernunft gegen Burawoy noch einmal in Erinnerung zu rufen. Drei

12 So auch die Konsequenz, die Bühler (2010) in seiner Debatte mit Jaeggi (2010a; 2010b) zieht.

13 Webers berühmter Polytheismus der Werte. Das Problem pluraler Werte bringt die Schwierigkeit konditionaler Rationalität in der Wertbegründung zwar zum Bewusstsein, aber selbst dann, wenn es nur eine Wertordnung gäbe, wäre wissenschaftliche Rationalität auf konditionale Rationalität begrenzt (ausgehend von diesen gegebenen Werten). Die entscheidende geltungstheoretische Frage lautet entsprechend, ob Weber eine subjektive oder eine objektive Wertlehre vertritt. In der Regel wird die Ansicht vertreten, dass Weber eine subjektive Wertlehre vertritt (Oakes 1990). Daran hängt natürlich die hier attestierte Selbstbegrenzung der wissenschaftlichen Vernunft auf konditionale Rationalität.

14 Man könnte einwenden, dass die hier vorgetragene Kritik die Rechtfertigungsanforderungen an kritische Theorie enorm hoch schraubt, kontextunabhängige Kriterien ethischer Vernunft formulieren zu können, während in den Wissenschaften ansonsten die Fallibilität deskriptiven und kausalen Wissens akzeptiert wird (Celikates 2009: 235f.). Zweierlei ist hier zu antworten. Erstens würde auch ein vollständiges empirisches Wissen ethische Fragen nicht hinreichend entscheidbar machen (Albert 1991: 83ff.). Zweitens ergeben sich die starken Begründungsansprüche kritischer Theorie aus dem eigenen Anspruch, hinreichend verallgemeinerungsfähige kritische Maßstäbe auch in ethischer Hinsicht formulieren zu können.

zusammenhängende Defizite werden dann sichtbar: Erstens ist, wie eben gesehen, Partizipation kein Garant dafür, dass die partizipierenden Standpunkte vernünftig sind. Zweitens: Wenn sich Interessen mit den Mitteln der kritischen Theorie nicht als vernünftige erweisen lassen, welche besondere diskursive Qualität sichert dann die Partizipation der Soziologen? Offensichtlich keine, die sich aus besonderen Maßstäben einer kritischen Vernunft gewinnen lassen. Die konditionale Rationalität der Wissenschaft ist langsam, fragmentarisch, im Hinblick auf Prognosen nur mäßig erfolgreich usw.¹⁵ Die zunächst polemisch anmutende Kritik von Stinchcombe, öffentliche Soziologie sei vermutlich »high in affect, low in competence« (Stinchcombe 2007: 142), trifft hier den Kern der Sache – misst man die Möglichkeiten wissenschaftlicher Kritik an den eher zu erwartenden Selbstvergewisserungsbedürfnissen sozialer Bewegungen. Drittens ergibt sich aus dem zuvor Gesagten, dass Partizipation als solche das Verallgemeinerungsproblem kritischer Theorie nicht lösen kann. Burawoys Konzept enthält hier eine aufschlussreiche Doppeldeutigkeit: Der Anspruch auf Verallgemeinerungsfähigkeit muss einerseits unmittelbar gar nicht mehr erhoben werden: Jede partikulare Identität hat ein Recht auf Anerkennung. Gleichzeitig ordnet sich Burawoys Ansatz wieder in die Rhetorik der allgemeinen Interessen ein:

»Thus, sociology's particular interest in its own perpetuation, in its own conditions of existence, ever more closely coincides with humanity's interest in opposing the erosion of civil liberties, the violation of human rights, the degradation of the environment, the impoverishment of working classes, the spread of disease, the exclusion of ever greater numbers from the means of their existence, and deepening inequalities« (Burawoy 2004b: 125; vgl. auch Burawoy 2005b: 318).

Aber dies bleibt eine rhetorische Figur: Es müsste sich nämlich zeigen lassen, dass das Soziale ohne die Partizipation der Soziologie keinen Bestand haben kann und dass über dieses Ganze Konsens besteht. Einen solchen Funktionalismus wird man kaum rechtfertigen können. Verdeckt wird dieses Problem durch eine Semantik der Werte, die hinreichend allgemein ist, um Dissens über Mittel¹⁶ und Ziele zu verdecken: Demokratie, Gerechtigkeit und Menschheit bilden die attraktivsten Kandidaten.

Der Erfolg von Burawoys Konzept in den USA hat sicherlich eine Reihe von Gründen: die Unzufriedenheit mit wachsender Ungleichheit, den Erfolg von an consciousness raising und Identitätspolitik interessierten Gruppen innerhalb der Disziplin, die Wahrnehmung eines wachsenden und als Bedrohung betrachteten Liberalisierungsdispositivs. Ein weiterer Grund, so die hier vertretene These, liegt aber im Anschluss an ein in der Soziologie häufig vorfindbares Selbstverständnis, nämlich für ihren Gegenstand im Ganzen verantwortlich zu sein. Das damit aufgeworfene Verallgemeinerungsproblem wird

15 Man bedenke allein das Gefälle zwischen Deskription und Erklärung. Häufig sind die deskriptiven Befunde eindeutig, aber es herrscht keine gesicherte Erkenntnis über die Ursachen – was aber für erfolgreiche Intervention entscheidend ist.

16 Vgl. die treffende Kritik von Howard-Hassmann (2009: 367): »The relationship among globalization, foreign investment, domestic economic policy, economic growth, inequality, and poverty reduction is extremely complex, and cannot be reduced to blanket formulas by sociologists about paths to social justice«.

doppeldeutig gelöst: Verzicht auf substantielle Vorgaben bei unterstelltem Konsens über allgemeine Interessen (Erhalt des Sozialen – letztlich gleichgesetzt mit Demokratie). Auch Burawoys öffentliche Soziologie verfällt damit am Ende aber der Paradoxie, dass sie gar nicht voraussetzen darf, dass kein Konsens über das Gesellschaftliche besteht, weil sie sonst keine Gründe für seine notwendige Rettung vorbringen kann.

Literatur

- Abbott, Andrew (2007): »For Humanist Sociology«. In: Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 195-209.
- Albert, Gert (2010): »Der Werturteilsstreit«. In: Kneer, Georg/Moebius, Stephan (Hg.): *Soziologische Kontroversen*. Berlin: Suhrkamp, S. 14-45.
- Albert, Hans (1991): *Traktat über kritische Vernunft*. 5., verbesserte und erweiterte Auflage. Tübingen: Mohr (Siebeck).
- Blau, Judith/Smith, Keri E. Iyall (Hg.) (2006): *Public Sociologies Reader*. New York: Rowman & Littlefield.
- Boyns, David/Fletcher, Jesse (2005): »Reflections on public sociology: Public relations, disciplinary identity, and the strong program in professional sociology«. In: *The American Sociologist* 36(3-4), S. 5-26.
- Brint, Steven (2005): »Guide for the perplexed: On Michael Burawoy's »public sociology««. In: *The American Sociologist* 36(3-4), S. 46-65.
- Bühler, Axel (2010): »Abschied von der Kritischen Theorie«. In: Albert, Gert/Sigmund, Steffen (Hg.): *Soziologische Theorie kontrovers* (Sonderheft 50/2010 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 494-497.
- Burawoy, Michael (2004a): »Introduction«. In: *Social Problems* 51(1), S. 103-106.
- Burawoy, Michael (2004b): »Manifesto for Public Sociologies«. In: *Social Problems* 51(1), S. 124-130.
- Burawoy, Michael (2005a): »2004 Presidential Address. For Public Sociology«. In: *American Social Review* 70(1), S. 4-28.
- Burawoy, Michael (2005b): »The Critical Turn to Public Sociology«. In: *Critical Sociology* 31(3), S. 313-326.
- Burawoy, Michael (2005c): »Response: Public sociology: populist fad or path to renewal?«. In: *The British Journal of Sociology* 56(3), S. 417-432.
- Burawoy, Michael (2005d): »Third-Wave Sociology and the End of Pure Science«. In: *The American Sociologist* 36(3-4), S. 152-165.
- Burawoy, Michael (2007): »The Field of Sociology. Its Power and Its Promise«. In: Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 241-258.
- Burawoy, Michael (2009): »The public sociology wars«. In: Jeffries, Vincent (Hg.): *Handbook of Public Sociology*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers, S. 449-473.
- Burawoy, Michael/Gamson, William/Ryan, Charlotte/Pfohl, Stephen/Vaughan, Diane/Derber, Charles/Schor, Juliet (2004): »Public Sociologies: A Symposium from Boston College«. In: *Social Problems* 51(1), S. 103-130.
- Celikates, Robin (2009): *Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.) (2007): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.

- Glenn, Norval D. (2009): »Some Suggested Standards for Distinguishing between Good and Bad Public sociology«. In: Jeffries, Vincent (Hg.): *Handbook of Public Sociology*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers, S. 135-150.
- Greve, Jens (2010): »Rationalität und Vernunft bei Habermas«. In: Maurer, Andrea/Schimank, Uwe (Hg.): *Die Rationalitäten des Sozialen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-97.
- Greve, Jens/Kroneberg, Clemens (2011): »Herausforderungen einer handlungstheoretisch fundierten Differenzierungstheorie – zur Einleitung«. In: Schwinn, Thomas/Kroneberg, Clemens/Greve, Jens (Hg.): *Soziale Differenzierung. Handlungstheoretische Zugänge in der Diskussion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-23.
- Habermas, Jürgen (1986): *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*. 3. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1989): *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. 3. Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1991): *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1994): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. 4. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1995): *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*. 6. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hays, Sharon (2007): »Stalled at the Altar? Conflict, Hierarchy, and Compartmentalization in Burawoy's Public Sociology«. In: Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 79-90.
- Horowitz, Ruth (2009): »Public Membership on Medical Licensing Boards: An Integrated Public and Professional Project«. In: Jeffries, Vincent (Hg.): *Handbook of Public Sociology*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers, S. 299-317.
- Howard-Hassman, Rhoda (2009): »Public Sociology and Universal Human Rights«. In: Jeffries, Vincent (Hg.): *Handbook of Public Sociology*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers, S. 357-373.
- Hu, Lina (2009): »Integrating the Four Sociologies: The ›Baigou Project‹ in China«. In: Jeffries, Vincent (Hg.): *Handbook of Public Sociology*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers, S. 245-262.
- Jaeggi, Rahel (2010a): »Der Standpunkt der Kritischen Theorie. Überlegungen zum Objektivitätsanspruch Kritischer Theorie«. In: Albert, Gert/Sigmund, Steffen (Hg.): *Soziologische Theorie kontrovers* (Sonderheft 50/2010 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 478-493.
- Jaeggi, Rahel (2010b): »Rekonstruktion, nicht Abschied!«. In: Albert, Gert/Sigmund, Steffen (Hg.): *Soziologische Theorie kontrovers* (Sonderheft 50/2010 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 498-503.
- Jeffries, Vincent (Hg.) (2009): *Handbook of Public Sociology*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers.
- Kettner, Matthias (1995): »Habermas über die Einheit der praktischen Vernunft. Eine Kritik«. In: Wüsthube, Axel (Hg.): *Pragmatische Rationalitätstheorien*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 85-111.
- Leonard, Elizabeth Dermody (2009): »From Data to Drama: Returning Research to Convicted Survivors«. In: Jeffries, Vincent (Hg.): *Handbook of Public Sociology*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers, S. 225-243.
- Massey, Douglas S. (2007): »The Strength of Weak Politics«. In: Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 145-157.
- McLaughlin, Neil/Kowalchuk, Lisa/Turcotte, Kerry (2005): »Why sociology does not need to be saved: Analytic reflections on public sociologies«. In: *The American Sociologist* 36(3-4), S. 133-151.

150 Einheitswissenschaften oder Theorienpluralismus

- Merton, Robert K. (1995): »Manifeste und latente Funktionen«. In: Ders.: *Soziologische Theorie und soziale Struktur*. Berlin/New York: de Gruyter, S. 17-81.
- Morrow, Raymond A. (2009): »Rethinking Burawoy's Public Sociology: A Post-Empiricist Reconstruction«. In: Jeffries, Vincent (Hg.): *Handbook of Public Sociology*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers, S. 47-69.
- Nichols, Lawrence T. (Hg.) (2007): *Public Sociology: The Contemporary Debate*. New Jersey: Transaction Publishers.
- Nyden, Philip W./Hossfeld, Leslie H./Nyden, Gwendolyn E. (Hg.) (2011): *Public Sociology: Research, Action, and Change*. Los Angeles: Sage.
- Oakes, Guy (1990): *Die Grenzen kulturwissenschaftlicher Begriffsbildung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Patterson, Orlando (2007): »About Public Sociology«. In: Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 176-194.
- Sassen, Saskia (2005): »Digging in the penumbra of master categories«. In: *The British Journal of Sociology* 56(3), S. 401-403.
- Schluchter, Wolfgang (1991): *Religion und Lebensführung. Band 1: Studien zu Max Webers Kultur- und Werttheorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Stinchcombe, Arthur L. (2007): »Speaking Truth to the Public, and Indirectly to Power«. In: Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 135-144.
- Tittle, Charles R. (2004): »The Arrogance of Public Sociology«. In: *Social Forces* 82(4), S. 1639-1643.
- Touraine, Alain (2007): »Public Sociology and the End of Society«. In: Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 67-90.
- Turner, Jonathan H. (2005): »Is Public Sociology Such a Good Idea?« In: *The American Sociologist* 36 (3-4), S. 27-45.
- Turner, Stephen (2007): »Public Sociology and Democratic Theory«. In: *Sociology* 4(5), S. 785-798.
- Vaughan, Diane (2004): »Public Sociologist by Accident«. In: *Social Problems* 51(1): 115-118.
- Wallerstein, Immanuel (2007): »The Sociologist and the Public Sphere«. In: Clawson, Dan/Zussman, Robert/Misra, Joya/Gerstel, Naomi/Stokes, Randall/Anderton, Douglas L./Burawoy, Michael (Hg.): *Public Sociology: Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-First Century*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, S. 169-175.
- Weber, Max (1964): »Fragment aus dem Nachlaß Max Weber«. In: Baumgarten, Eduard: *Max Weber. Werk und Person*. Dokumente ausgewählt und kommentiert von Eduard Baumgarten. Tübingen: Mohr (Siebeck), S. 399-401.
- Weber, Max (1988): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. 7. Aufl. Tübingen: Mohr (Siebeck).

Anschrift:

PD Dr. Jens Greve
Institut für Soziologie
Zschokkestr. 32
39104 Magdeburg
jens.greve@ovgu.de